



## Niederschrift

### 44. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 31.08.2016  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:06 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

##### Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	ab 17:03 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dennis Hohloch	AfD	von 17:05 - 18:18 Uhr

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Imke Eisenblätter	SPD	
Herr David Kolesnyk	SPD	
Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	Bürgerbündnis-FDP	

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Peter Schultheiß	SPD	entschuldigt
Herr Sandro Szilleweit	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

#### Schriftführer/in:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
13.07.2016
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0275  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
  - 3.2 Teilnahme an IKVS (Interkommunale Vergleichs-Systeme)  
Vorlage: 16/SVV/0345  
Fraktion CDU/ANW
  - 3.3 Realisierungskonzept für den Ausbau des Cafés im Volkspark  
Vorlage: 16/SVV/0384  
Fraktion CDU/ANW
  - 3.4 Sachkundiger Einwohner für den Ausschuss Klima, Ordnung, Umwelt und  
ländliche Entwicklung.  
Vorlage: 16/SVV/0390  
Fraktion AfD
  - 3.5 Sitzungskalender 2017  
Vorlage: 16/SVV/0408  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.6 Kürze Bahnbauezeiten in Babelsberg  
Vorlage: 16/SVV/0422  
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  - 4.1 Handwerkerparkausweis  
Vorlage: 16/SVV/0376  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
  - 4.2 Schulentwicklungsplanung - 6. Sachstandbericht  
Vorlage: 16/SVV/0509  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
  - 4.3 Information zum Bürgerbegehren "Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte"

4.4 Lärm- und Stickoxidbelastung der mittleren Speicherstadt durch Kreuzfahrtschiffe

5 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.07.2016**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung teilt er mit, dass der Tagesordnungspunkt **3.2** - Teilnahme an IKVS (Interkommunale Vergleichssysteme) DS 16/SVV/0345 im Ausschuss für Finanzen zurückgezogen wurde. Herr Finken bestätigt dies namens der antragstellenden Fraktion CDU/ANW.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister, dass unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ über

- den Status der Langen Brücke und
- das Verfahren bezüglich der Einwohnerfragestunde

Informiert werden soll.

Gegen die so geänderte Tagesordnung erhebt sich **kein Widerspruch**.

Die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 43. Sitzung des Hauptausschusses vom 13.07.2016 wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, **bestätigt**.

#### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 3.1 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0275**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der Hauptausschusssitzung am 29.06.2016 getroffene Verabredung, die Änderungswünsche der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Lenkungsgremium zu diskutieren und die fehlenden Beratungen in den Ortsbeiräten nachzuholen. Mittlerweile habe das Lenkungsgremium nochmals getagt und sich einvernehmlich auf eine finale

Fassung geeinigt, die als Tischvorlage vorliegt und den Fraktionen vorab per Mail übermittelt wurde.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, wird diese Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.2 Teilnahme an IKVS (Interkommunale Vergleichs-Systeme)**  
**Vorlage: 16/SVV/0345**  
Fraktion CDU/ANW

**zurückgezogen**

**zu 3.3 Realisierungskonzept für den Ausbau des Cafés im Volkspark**  
**Vorlage: 16/SVV/0384**  
Fraktion CDU/ANW

Herr Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung, führt aus, dass die Verwaltung diesem Anliegen entsprechend, gemeinsam mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld einen Vorschlag unterbreiten werde. Allerdings wolle er die Erwartungen an diesen Vorschlag „dämpfen“, weil, soweit öffentliche Investitionen erforderlich seien, die zu Lasten anderer Projekte eingesetzt werden müssen. Sollten es private Investitionen sein, müssten diese auf die eine oder andere Art wieder refinanziert werden.

Gegen seine Bitte, den Termin der Auftrags Erfüllung auf Januar 2017 zu verschieben, erhebt sich kein Widerspruch.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Realisierung der im Beschluss 15/SVV/0464 genannten Zielsetzung, Modelle zu entwickeln. Dabei sind die im Hauptausschuss am 25.Mai 2016 vorgestellten Umbauvarianten zugrunde zu legen und ggf. auch in Kombination oder stufenweise einzuplanen. Bis ~~Oktober 2016~~ **Januar 2017** sind entsprechende Vorschläge dem Hauptausschuss zur Festlegung des weiteren Vorgehens vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.4 Sachkundiger Einwohner für den Ausschuss Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung.**  
**Vorlage: 16/SVV/0390**  
Fraktion AfD

Der Oberbürgermeister führt hierzu aus, dass dieser Antrag von der Stadtverordnetenversammlung in den Hauptausschuss überwiesen wurde, weil die Diskussion um die Zuständigkeit und die Verfahrensweise schon einmal geführt wurde. Er schlägt vor, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Ältestenrat einen Vorschlag zum Verfahren unterbreiten werde, der dem Hauptausschuss in der Novembersitzung vorzulegen ist.

Sein Geschäftsordnungsantrag auf **Zurückstellung** der Vorlage bis dahin, wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

### zu 3.5 **Sitzungskalender 2017**

#### **Vorlage: 16/SVV/0408**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der Hauptausschuss auch hierzu eine abschließende Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abzugeben habe. Derzeit liegen jedoch Voten von Fachausschüssen vor und die von ihnen empfohlenen Terminänderungen gewährleisten keinen zügigen Vorlagendurchlauf.

So habe die **Verlegung** des Sitzungstermins des Ausschusses für Bildung und Sport vom 18.07.2017 auf den 11.07.2017 auf Grund der Ladungsfristen zur Folge, dass überwiesene Anträge und Vorlagen aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.07.2017 frühestens am 13.09. im Ausschuss und am 08.11.2017 abschließend in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden können. Damit hätten Vorlagen und Anträge, die am 20.06.2017 eingereicht werden, einen zeitlichen Durchlauf von fast 4 Monaten. Ähnliches Bild ergebe sich, wenn dem Vorschlag aus dem Ausschuss für Finanzen gefolgt würde, grundsätzlich keine Sitzungstermine in den Schulferien zu planen. Er appelliert nachdrücklich an die Fachausschüsse, dem Vorschlag der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zu folgen, denn nicht jedes Ausschussmitglied habe ggf. einen Stellvertreter und sei in den Schulferien nicht zwangsläufig im Urlaub.

Gegen seinen Vorschlag, den Sitzungskalender bis zur Vorlage aller Voten der Fachausschüsse **zurückzustellen**, erhebt sich kein Widerspruch.

### zu 3.6 **Kürze Bahnbauezeiten in Babelsberg**

#### **Vorlage: 16/SVV/0422**

Fraktion SPD

Ea Fraktion DIE LINKE

Eingangs schlägt der Oberbürgermeister vor, dass die Stadt und die Deutsche Bahn AG gemeinsam diese Thematik besprechen und auf eine Verkürzung der Bahnbauezeiten hinwirken. Allerdings sei die vorgegebene Zeitschiene für Gespräche dieser Art zu kurz und hege er auch wenig Hoffnung, dass eine Umsetzung gleich erfolgen werde.

Herr Goetzmann teilt mit, dass der Antrag von falschen Voraussetzungen ausgehe, da die Baumaßnahmen der Deutschen Bahn AG nicht 6 Jahre am Stück durchgeführt werden. Dabei sind auch Arbeiten im Gleisbett notwendig, die sich nicht auf die Pendler sowie auf die Taktungen auswirken - insofern müsse auch der Antragstext differenziert werden

Herr Wellmann plädiert dafür, den Kosten/Nutzen-Faktor bei den Bauzeiten zu berücksichtigen und darauf zu achten, dass keine Bauphase länger als nötig andauere.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine neue Fassung des Beschlusstextes vorlege, die weitestgehend detaillierte Sachverhalte berücksichtige.

Im Weiteren plädieren Frau Dr. Schröter, Herr Kolesnyk und Herr Dr. Scharfenberg für ein transparentes Verfahren und dafür, direkte Gespräche mit der Deutschen Bahn AG zu suchen.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, Vertreter der Deutschen Bahn AG zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einzuladen, erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag sowie der Änderungsantrag werden bis zur Sitzung am 21.09.2016 **zurückgestellt**.

#### **zu 4        Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1     Handwerkerparkausweis**

**Vorlage: 16/SVV/0376**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen.

Herr Wustrack, Arbeitsgruppe Untere Straßenverkehrsbehörde, erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage an Hand eine Power-Point-Präsentation und beantwortet einzelne Nachfragen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

##### **zu 4.2     Schulentwicklungsplanung - 6. Sachstandbericht**

**Vorlage: 16/SVV/0509**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Frau Rademacher, Fachbereichsleiterin Schule und Sport bringt die Mitteilungsvorlage ein.

Frau Dr. Müller fragt nach der derzeitigen Situation der Auslastung der Grundschulplätze und der Wunschlisten im Ü1- und Ü 7-Verfahren. Frau Rademacher betont, dass die Wünsche der Eltern sowohl in der Unter- als auch Oberstufe zum großen Teil berücksichtigt werden konnten und verweist auf die derzeit zu erarbeitende Schulstatistik. Auf die Nachfrage von Herrn Finken, inwieweit die Prognosezahlen mit den IST-Zahlen übereinstimmen, antwortet sie, dass die Prognosezahlen regelmäßig überprüft und ggf. nachjustiert werden. Aktuelle Zahlen werde es erst nach der Einschulung bzw. dem Schulwechsel geben, um auch tatsächlich verlässliche Zahlen zur Verfügung zu haben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

##### **zu 4.3     Information zum Bürgerbegehren "Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte"**

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 14.09.2016 über die rechtliche Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden müsse. Dazu werde mit den Unterlagen für die Stadtverordneten auch eine entsprechende Beschlussvorlage ausgereicht, die die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens beinhalte. Dies deshalb, weil im Rahmen der rechtlichen

Beurteilung Diskrepanzen zwischen den betreffenden Sachverhalten und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen sowie materiell – rechtliche Probleme festgestellt wurden.

Er betont, dass das Anliegen trotzdem eine politische Botschaft beinhalte, so dass eine weitere Beschlussvorlage vorgelegt werde, die das aufgreife und Lösungen vorschlage. Damit solle das Leitbautenkonzept und das Vorgehen zur Umsetzung des Masterplans Lustgarten angepasst werden. So seien die Bedingungen für die Grundstücksvergabe zu überprüfen und solle die Höhe des Kaufpreisangebots nicht mehr auswahlbestimmend sein.

Um dort nach den Möglichkeiten der Wohnungsbauförderung des Landes Brandenburg im Rahmen des Leitbautenkonzeptes preisgünstigen neuen Wohnraum errichten zu können, solle etwa von der bisherigen Festlegung, nur Einzelgrundstücke zu verkaufen, abgewichen werden; die Grundstücke im Bereich Staudenhof gänzlich im Eigentum der Pro Potsdam verbleiben. Im Weiteren werde vorgeschlagen, Infrastruktureinrichtungen auf eine Ansiedlung hin zu untersuchen und werde die Notwendigkeit gesehen, eine Kindertagesstätte in der Potsdamer Mitte anzusiedeln.

Darüber hinaus sollen Maßnahmen des Masterplans Lustgartens vorerst nur in Teilen umgesetzt (Aufwertung des Festplatzes, die Bebauung entlang dem Bahndamm, Neptunbecken) und das Hotel „mercure“ vorerst ausgeschlossen werden.

Er betont abschließend, dass mit diesen Erläuterungen die entsprechenden Beschlussvorlagen nur angekündigt werden sollten, um auf die Beratung in der Stadtverordnetenversammlung hin ein Höchstmaß an Vorüberlegungen zu ermöglichen.

Im Weiteren erläutern Frau Krusemark, Fachbereichsleiterin Recht, Personal und Organisation und Herr Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung, die Beschlussvorlagen 16/SVV/0563 und 16/SVV/0562. Frau Krusemark verweist in ihren Ausführungen darauf, dass das rechtliche Gutachten zur Einsichtnahme im Büro der Stadtverordnetenversammlung vorliege.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass der gewählte Weg bezüglich der rechtlichen Zulässigkeit des Bürgerbegehrens nicht überraschend sei und die Bürgerinitiative sicher ihre rechtlichen Möglichkeiten nutzen werde. Er begrüße, dass mit der Folgevorlage versucht werde, das Anliegen des Bürgerbegehrens „aufzufangen“ und gehe davon aus, dass die Fraktionen dazu auch Änderungs- und Ergänzungsvorschläge unterbreiten können, so dass der Vorschlag dann insgesamt konsensfähig sei.

Auf seine entsprechende Nachfrage an Herrn Goetzmann entgegnet dieser, dass auch die bezüglich des Lustgartens genannten favorisierten Maßnahmen noch nicht unmittelbar umsetzungsfähig seien und unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen. Für die Nutzung von Fördermitteln seien gegenüber dem Land die Förderziele konkret zu definieren.

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Heinzl zu den Grundstücksverkäufen betont er, dass eine Nutzung über ein Erbbaurecht, insbesondere bei den Grundstücken, die sich im Treuhandvermögen befinden, nicht funktioniere. Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, die Argumentation, warum dies rechtlich nicht möglich sei, den Stadtverordneten mit der Vorlage an die Hand zu geben.

Herr Schüler betont, Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Dr. Scharfenberg zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens, dass dieser Weg nicht „gewählt“ wurde, sondern Ergebnis der rechtlichen Prüfung sei, die auch sehr schlüssig begründet wurde. Er kündigt an, in das entsprechende Gutachten einsehen zu wollen.

#### **zu 4.4      Lärm- und Stickoxidbelastung der mittleren Speicherstadt durch Kreuzfahrtschiffe**

Herr Goetzmann führt aus, dass die von der Fraktion DIE LINKE nachgefragte Thematik schon an unterschiedlichen Stellen eine Rolle gespielt habe. Problem sei, dass es am Hinzenberg keine landseitige Stromversorgung gebe. Die Schiffe müssen ihn selbst über eigene Stromaggregate erzeugen, was mit entsprechendem Lärm und Abgasen verbunden sei. Die Situation habe sich mit dem Bezug der Wohnungen in der Speicherstadt zugespitzt.

Eine Möglichkeit, insbesondere die Lärmbelästigung zu minimieren, sei der Bau einer landseitigen Stromversorgung, was aber mit der Frage der Finanzierung und Refinanzierung einhergehe. Eine andere Möglichkeit sei die immissionsschutztechnische Verbesserung der eigenen Stromversorgung, die bei zwei der Flusskreuzfahrtschiffe bereits teilweise oder in Gänze umgesetzt worden sei. Die Stadt habe der Weißen Flotte mitgeteilt, dass die Immissionsschutzwerte einzuhalten sind und Schiffe, die das nicht erfüllen, keine Liegeerlaubnis mehr erhalten dürfen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller sagt er zu, den Beschwerdeführer unmittelbar seitens der Verwaltung über den aktuellen Sachstand zu unterrichten.

#### **zu 5            Sonstiges**

##### **Status Lange Brücke**

Herr Goetzmann führt aus, dass im Rahmen des Themenjahres „Hinter den Kulissen“ auch Brückenführungen angeboten werden. Bei der Lange Brücke handele es sich um eine Brücke „unter Beobachtung“, weil sie eine der ersten Spannbetonbrücken sei und mittlerweile ein ausgesprochen hohes Alter (Baujahr 1961) erreicht habe. Trotzdem sei die Verwaltung bemüht, die Nutzungsdauer weitestgehend zu verlängern, in dem z.B. die Kontrollen auf einen jährlichen Rhythmus verdichtet oder die Befahrung von Schwerlasttransporten untersagt wurden. Dies sollte den Stadtverordneten im Vorfeld mitgeteilt werden, da im Rahmen der Führungen auch darauf eingegangen werde.

##### **Verfahren Einwohnerfragestunde**

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattfindende Einwohnerfragestunde. Entgegen dem sonstigen Verfahren können die eingereichten Fragestellungen und die Zuweisung der Beantwortung nicht im Hauptausschuss besprochen werden, da nach der Einreichfrist keine Sitzung mehr stattfindet. Gegen seinen Vorschlag, die Fraktionen entsprechend zu informieren, erhebt sich kein Widerspruch.